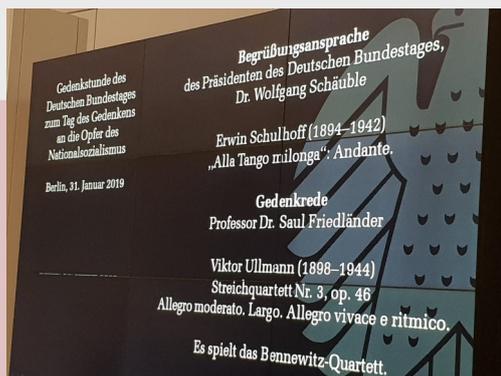


## Fraktion

Der Paragraph 219a war ein wichtiges Thema in der Fraktionssitzung. Die Koalition aus SPD und CDU/CSU hat sich auf einen tragbaren Kompromiss geeinigt und damit Regierungsfähigkeit demonstriert: Der Entwurf von Justizministerin Katarina Barley sieht vor, dass Ärzte und Kliniken öffentlich mitteilen dürfen, dass sie Abtreibungen durchführen. Von staatlicher Seite werden außerdem Informationen zur Verfügung gestellt, wo mit welchen Methoden Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden. Ich halte weiterhin die Abschaffung des Werbeverbots für richtig, allerdings ist dies ein vernünftiger Kompromiss, den wir erfolgreich erstritten haben.

## Plenum

Am Donnerstag gedachte der Bundestag in einer Sonderveranstaltung der Opfer des Nationalsozialismus. Anlass war der 74. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrationslagers Auschwitz. Der israelische Historiker und Holocaust-Überlebende Saul Friedländer hielt eine eindrucksvolle Gedenkrede. Seine persönliche aber auch mahnen- de Rede könnt ihr Euch hier anschauen: [Klick](#)



Auch am Donnerstag wurde das Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsgesetzes in erster Lesung beraten. Ziel des Gesetzes ist es, Genehmigungsverfahren für Neubau und Verstärkungen von Stromleitungen zu vereinfachen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist wichtig, davon können wir aber nur profitieren, wenn unsere Leitungen den Strom auch transportieren können.

## Landesgruppe

In der Landesgruppen-Sitzung am Montag haben wir die Jahresplanung für 2019 besprochen. Als Vorbereitung auf die Europawahl haben wir im Februar eine Sitzung mit der niedersächsischen Ministerin Birgit Honé und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Achim Post. Bei weiteren Terminen haben wir Andrea Nahles und viele unserer Ministerinnen und Minister zu Gast.

## Küstengang

Am Freitagmorgen kamen wir zu einer Sondersitzung der Küstengang zusammen. Wir haben, zusammen mit dem Leiter des Havariekommandos Hans-Werner Monsees, über die Havarie der „MSC Zoe“ gesprochen. Der Frachter hatte Anfang Januar in der Nähe von Borkum mehr als 280 Container verloren. Einige waren verkeilt und mussten mit Spezialmaschinen getrennt werden. Nun ist die „MSC Zoe“ aber wieder auf hoher See unterwegs. Die Umweltauswirkungen müssen noch untersucht werden.

## Fachkräfteeinwanderung

Nach rund 30 Jahren hat die Union endlich ihre Blockadehaltung gegenüber einem Einwanderungsgesetz aufgegeben. Die ersten Beratungen zum Fachkräftezuwanderungsgesetz stehen im März 2019 an. Zu diesem Thema war ich mit anderen niedersächsischen Abgeordneten zu Gast bei NDR 1 zu einer Aufzeichnung. Die Sendung wird am **7. Februar** um **19:05** Uhr in der Sendung „Unser Thema“ ausgestrahlt. Später ist sie auch in der Mediathek des NDR abrufbar.

## BdK

Der Bund deutscher Kriminalbeamter hat Ende vergangenen Jahres Sebastian Fiedler zum neuen Vorsitzenden gewählt. Am Dienstag kam er zu einem Antrittsbesuch in mein Büro. Wir haben uns dabei über die anstehenden kriminalpolitischen Themen ausgetauscht. Der periodische Sicherheitsbericht kam ebenso zur Sprache wie die neu eingeführte Vermögensabschöpfung. Wir haben einen weiteren engen Austausch verabredet.

## BREXIT

Das Brexit-Chaos geht weiter. Wir bereiten uns mittlerweile auf das Schlimmste vor. Deshalb wurden diese Woche zwei Gesetzesentwürfe beraten, die im Fall eines unregelmäßigen Brexit Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger herstellen sollen. Das sogenannte Brexit-Übergangsgesetz sorgt dafür, dass Ansprüche aus der Kranken-,



Pflege-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung nicht verfallen. Auch müssen britische Staatsbürger, wenn sie einen Antrag auf Einbürgerung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt haben, nicht ihre britische Staatsbürgerschaft abgeben. Das Brexit-Steuerbegleitgesetz sorgt unter anderem dafür, dass es in einigen Fällen nicht zu einer rückwirkenden Besteuerung kommt.

## EWE

Ein fester Termin ist der Neujahrsempfang der EWE in Berlin. Auch dieses Jahre war ich dort, um mich mit Ansprechpartnern aus unserer Region auszutauschen. Es ging vor allem um den Ausbau von Erneuerbaren Energien und nachhaltigen Speicherlösungen. Mit dem beschlossenen Kohleausstieg bis 2038 werden diese Diskussionen weiter an Fahrt gewinnen.

## Flughafen München

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über Verspätungen und Ausfälle von Flügen. Gerade im Sommer war die Situation an den deutschen Flughäfen zum Teil chaotisch. Unter anderem wurden Schwierigkeiten bei den Sicherheitskontrollen der Fluggäste bekannt. Als SPD möchten wir die Luftsicherheitskontrollen, die im Moment von privaten Sicherheitsfirmen erledigt werden, wieder zurück in staatliche Hand bringen. Die Mitarbeiter sollen Angestellte eines öffentlichen Unternehmens werden. Diese Konzept wird an den bayrischen Flughäfen angewendet. Deshalb habe ich in München mit Bundestagskollegen mit den öffentlichen Betreibern der Luftsicherheitskontrollen und Vertretern der Gewerkschaft der Polizei gesprochen. Auffällig ist, dass sowohl die Fluktuation als auch der Krankenstand der Beschäftigten in den Sicherheitskontrollen deutlich geringer als an anderen Flughäfen ist. Das stärkt die Sicherheit und ist gut für die Beschäftigten. Wir werden in der Koalition dafür streiten und werden einer weiteren Privatisierung von Sicherheitsdienstleistungen nicht zustimmen.